

Brasilien Aktuell 2019



Gewerkschaften und soziale Bewegungen vereint im

Kampf um Demokratie - gegen die Renten„reform“

Aktivitäten in MA/LU und Wörth / Situation in den Werken von Mercedes Brasilien / Industrie 4.0 / Schikanen gegen Gewerkschaften / Kampf gegen Schließung von Ford / Die Rentenreform / Jugendaustausch / Mord an Marielle / Lula Livre / Das leben in den Favelas / Bedrohung der Landlosen / Erziehung, Bildung, Universitäten / Druck auf Indigene Völker / Zum Schaden der Natur: Agrargifte, Abholzung, Bienensterben / Der Dambruch als Verbrechen

Redaktionsschluss: Mitte April

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

Der Arbeitskreis in den Monaten des letzten Jahres

Die Mitglieder des Arbeitskreises besprechen in monatlichen Treffen die neuesten Ereignisse in Brasilien und beschließen Aktionen.

Aktivitäten am 1. Mai: Viele Menschen interessierten sich für die Informationen über Brasilien durch die Broschüre und einige Bildwände. Zudem berichteten wir über die gewerkschaftliche internationale Zusammenarbeit



Veranstaltungen: Am **20. April** berichteten zwei Mitglieder der Landlosenbewegung MST im Rahmen der Lateinamerika-Wochen in einem Vortrag, der mit der studentischen Lateinamerikagruppe in der Universität organisiert war, über die aktuellen Sorgen und Kämpfe der Landbevölkerung. Ihr Beitrag wurde umrahmt durch Musik von zwei Mitgliedern des AK. Am **3. Mai** berichtete Thomas Fatheuer aus Berlin über das **Welt-Sozial-Forum**, das im März in Bahia stattgefunden hatte. Zehntausende rangen dabei um die Gestaltung einer anderen Welt, die nötig und möglich ist. Im Rahmen der Fairen Wochen in Mannheim unterstützten wir am **25.09.2018** im Cinema Quadrat die Vorführung eines Films über Sojaanbau und die Situation der **Indigenen im Amazonas**. Diese stehen unter der ständigen Bedrohung durch die Agrarindustrie, die ihnen ihr Land wegnimmt, um Soja für den Export anzubauen. Am **19. November** berichteten zwei junge Frauen aus Rio de Janeiro über das Leben der Menschen in den dortigen **Elendsvierteln** (Favelas). Sie leben in großer Angst vor der Bedrohung durch Mörderbanden und kämpfen mit aller Kraft für die Menschenrechte der Jugend.

Besuch von Aroaldo und Maicon: Für die beiden Benzarbeiter und Gewerkschaftsverantwortlichen konnten wir im Juni die Besichtigung eines Werkteils beim Benz organisieren und auch dafür sorgen, dass sie in einer Vertrauensleute-Vollversammlung einige wichtige Informationen über die Situation im Mercedes – Werk in São Bernardo / Brasilien darstellen konnten.

Solidaritätsbriefe: BasisgewerkschafterInnen aus dem Raum Stuttgart haben einen Brief an die Leitungen von IG Metall, Verdi und DGB gerichtet. Unterschrieben wurde er von mehr als 200 Mitgliedern. Es geht dabei darum, dass die deutschen Unternehmen in Brasilien aufgefordert werden, eine kritische Position gegenüber Bolsonaro einzunehmen. Der Brief wurde mit unserer Hilfe auch an einige Dachverbände in Brasilien geschickt. Wir erhielten eine sehr er-

freuliche Dankesantwort. **KOBRA** (Kooperation Brasilien) aus Freiburg hat einen Brief an den **Entwicklungsminister Müller** verfasst, den wir unterstützt haben. Der Minister soll der zuständigen brasilianischen Ministerin die Bedeutung der Indigenen und ihrer Ländereien nahelegen, damit sie nicht Opfer der Macht- und Geldgier der Agroindustrie werden. **Zum 20. Februar**, dem nationalen Kampftag der Gewerkschaften gegen die Rentenreform, haben wir einen Solidaritätsgruß geschickt, den auch die IGMetall Mannheim versandt hat. Am **7. April** gab es an vielen Orten eine Kampagne gegen die ungerechte Inhaftierung von Lula da Silva. An der Aktion „**Lula Livre**“ haben Mitglieder des AK in Frankfurt aktiv teilgenommen.

Teilnahme an Seminaren der IGMetall und Rundbriefe: Fortgesetzt haben wir auch das Mitwirken an Seminaren der IGMETALL, um über unsere internationale Arbeit zu sprechen. Etwa 200 TeilnehmerInnen erhielten im Lauf des Jahres 5 Rundbriefe über die Entwicklung in Brasilien.

Mitarbeit in anderen Gruppen: Nach wie vor sind wir aktive Mitglieder im „Eine Welt Forum“ in Mannheim, bei KOBRA (Kooperation Brasilien) in Freiburg und haben in Berlin an einer wichtigen Konferenz für die Zusammenarbeit deutscher Gruppen teilgenommen.

Zusammenarbeit mit der Chemiegewerkschaft: Auch die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen bei BASF in Brasilien konnte fortgesetzt werden. Mitglieder des AK tauschten mittels Skype-Konferenzen Informationen mit brasilianischen Kollegen/innen aus. Und auch als Autoren für die gewerkschaftliche Betriebszeitung bei BASF Demarchi wurden wir zweimal angefragt.

Anmerkung: die einzelnen Artikel der Broschüre wurden verfasst von MitarbeiterInnen und von brasilianischen FreundInnen des Arbeitskreises.



Gefördert durch Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der Arbeitskreis: Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften als Herausgeber ist allein für den Inhalt verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global GmbH und des BMZ wieder.

Kontaktadressen: Angela HIDDING, Langstr.11 -13, 68169 MANNHEIM Tel 0621 35 973; email: HiStaMa@t-online.de
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 LUDWIGSHAFEN, Tel 0621 69 98 61, email: F.Hofmann-Lu@t-online.de

Solidarität kennt keine Grenzen

So wird das im Mercedes Werk in Wörth umgesetzt

Seit Jahren gibt es in der Belegschaft im Werk Wörth einen regen Austausch von Informationen und Solidaritätsbekundungen mit der Belegschaft des Werkes in Sao Bernardo /Brasilien. Alle Protestaktionen hier und dort werden samt Bildmaterial in den entsprechenden Netzwerken aufbereitet und geteilt.

Informationen aus Brasilien:

- Im Vorfeld der Wahlen (Oktober 2018) in Brasilien ausgiebig auf Delegierten- und Vertrauensleutevolksversammlungen

- Über die großen Aktionstage am 20.2. und 22.3.: die Dachverbände von sieben Gewerkschaften hatten zu landesweiten Protestbewegungen gegen die Rentenreform aufgerufen. Dabei spielte auch die Änderung des Waffengesetzes eine Rolle. Die Mercedesarbeiter waren jeweils auf der Straße.

- In dem Zusammenhang kamen auch die Reform der Arbeitsgesetze zur Sprache, die es den Agrarunternehmen erlaubt, ArbeitnehmerInnen nur Essen, Kleidung und Unterkunft als Bezahlung zu gewähren und die von Bolsonaro erlaubte Abholzung des Regenwaldes sowie die Zerstörung des Lebensraumes der indigenen Völker, um der Agrarindustrie und den Bergwerkunternehmen zu mehr Profit zu verhelfen. Über beides wurde die hiesige Delegiertenversammlung nicht nur informiert, sondern aufgefordert, das im Kaufverhalten zu berücksichtigen.

Informationen nach Brasilien

- Die IGMetall Kampagne zum Weltfrauentag

- Die Protestaktion zum Abschluss einer neuen Betriebsvereinbarung zur Freischicht im Werk Wörth. Auch Plakate übersetzt und verschickt.

- Ergebnisbeteiligung bei Mercedes Benz in Deutschland zum Vergleich

- Aktion der Daimler AG GirlsDay zum Werben um weibliche Auszubildende in Technikberufen

- Betriebsvereinbarung zur Auszahlung von Mehrarbeit

Solidaritätsschreiben nach Brasilien

- Zum Aktionstag am 22. März: das Seminar A1 „ArbeitnehmerInnen in Wirtschaft und Gesellschaft“ nach einem Vortrag über Globalisierung am Beispiel Brasilien, anderen Tags mit Foto in der Gewerkschaftszeitung TRIBUNA veröffentlicht.



Solidaritätsschreiben aus Brasilien

-- Zu der Protestaktion in Wörth zur Freischichtvereinbarung.

Mercedes do Brasil

Im Werk São Bernardo - von der Fabrikkommission:

Bei Mercedes Benz in São Bernardo durchlaufen wir zurzeit den Prozess der Umstrukturierung der Fabrik, in den Bereichen der Teilefertigung (Motoren, Achsen, Getriebe) und wir beginnen auch mit der Produktion von Omnibus Chassis.

Im letzten Jahr haben wir in der Lohnrunde eine Vereinbarung für 2 Jahre erreicht. Das gibt uns Luft für andere Kämpfe in diesem Jahr. Das große Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen und das im Zusammenhang mit der neuen Arbeitsgesetzgebung steht, betrifft die Arbeiter der Fremdfirmen, für die sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Bezüglich der Produktion haben wir im letzten Jahr 42.303 Fahrzeuge gebaut. Dieses Jahr begann mit der Vorausschau von 49.000, es kann in den nächsten Monaten sogar auf 53 000 steigen.

Im Januar wurden 400 neue Einstellungen getätigt, befristet für 12 Monate. Bis April wird auch die Festübernahme von weiteren 130 Kollegen durchgeführt, die im letzten Jahr eingestellt wurden. Alles das geschieht auf der Grundlage von Investitionen, die für São Bernardo genehmigt wurden.

Es lohnt sich auch darauf hinzuweisen, dass am 22. März die neue CIPA (Arbeitsschutz Kommission) der Arbeiter das Amt angetreten hat. Sie wird unterstützt durch die Gewerkschaft und liegt auf deren Linie. Am letzten 11. März haben wir in der Fabrik unter einem schrecklichen Hochwasser gelitten, verursacht durch einen starken Regen und durch das Fehlen von Abwasserbecken gegen Hochwasser in der Gemeinde.

Dadurch ist eine Woche lang die Achsenfertigung ausgefallen, sie hat am 18. März wieder begonnen und heute, am 25. März hat die Omnibusfertigung die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Werk Campinas - von der Gewerkschaft

Auch hier wirkt sich die neue Arbeitsgesetzgebung negativ aus. Wir mussten im Jahr 2018 einen mehr als eine Woche dauernden Streik durchziehen. Das Ergebnis: Weiterbestehen der in der Betriebsvereinbarung, die bis September dieses Jahres gilt, garantierten Rechte und Realloohnerhöhung. Der Betrieb hatte Leute entlassen, die einen Kündigungsschutz genießen, z.B. Kollegen mit Verletzungen durch Arbeit. Viele wurden wieder eingestellt. Einige aber erst im Jahr 2018.

Industrie 4.0 in der Region ABC

von DIEESE, dem Wissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften – Stand Ende März 2019

Bisher gibt es nur wenige Initiativen zur Verbreitung von Informationen und konkreten Ansätzen der sog. Industrie 4.0 in der ABC Region. Laut einer Studie des Brasilianischen Industrieverbands CNI setzen nur 1,6% der brasilianischen Unternehmen die Konzepte der Industrie 4.0 um. Man geht davon aus, dass die Zahl in den nächsten 10 Jahren auf 20% steigen wird. Etwa 15% der im Rahmen der Studie befragten Unternehmen hatten zum Zeitpunkt der Studie bereits Projekte im Bereich Internet der Dinge, künstliche Intelligenz, Cloud-Lösungen und Big Data. In diesem Artikel möchten wir diese Initiativen in der Automobilindustrie kurz vorstellen.



Volkswagen gibt an, dass es im Bereich Digitalisierung der Fertigung Initiativen gibt. Ebenso bei Anwendungen künstlicher Intelligenz, virtueller Realität und einen hohen Grad an Fertigungsautomatisierung. Auch 3D-Drucker werden für die Fertigung einzelner Elemente genutzt. So z.B. bei Prototypen oder Komponenten, die bei der Produktion zum Einsatz kommen. Die Technologie Digitale Fabrik verwendet mehr als 50 Software-Programme, die Fertigungsprozesse und Infrastrukturen simulieren können und die Technologie von Spielen nutzen, um Lösungen für mehr Ergonomie zu entwickeln.

General Motors wird die Fertigungskapazität in São Caetano do Sul auf 330tausend Fahrzeuge pro Jahr erhöhen und dazu R\$ 1,2 Mrd. investieren. Bei diesem Ausbau werden auch eine Reihe von I 4.0 Technologien eingebaut werden, bei Pressen, Laserschweißen und neuen Transportsystemen.

Im Bereich LKW hat **Mercedes Benz** vor ein paar Monaten eine neue Linie eingeführt, die stark auf die Prinzipien der I 4.0 setzt. Die Linie wurde im Rahmen der 500 Mio. R\$ Investitionen seit 2015 aufgebaut. Dazu wurde ein neues Gebäude für die

Montage von LKW und Teilelogistik gebaut. Laut Unternehmen, werden die Technologien der Industrie 4.0 auf alle Fertigungsprozesse ausgeweitet. Dazu sind zwischen 2018 und 2022 Investitionen in Höhe von 2,4 Mrd. R\$ vorgesehen. Die neue Montagelinie soll eine Effizienzsteigerung in der Logistik von 20% ermöglichen, da weniger Teile gelagert werden müssen und mehr Teile direkt ans Band geliefert werden. Insg. sind 70% weniger Lagerzeit der Komponenten nötig. Vorgesehen ist die Installation von 100 neuen, elektronischen Drehschlüsseln und 60 Flurförderfahrzeugen, die Big Data Systeme nutzen, sowie 40 TV-Monitore, über die die Arbeiter an jeder Arbeitsstation Anleitung erhalten, 3D-Drucker und VR-Brillen.

Scania hat seit 2016 2,6 Mrd. R\$ in die Automatisierung (Roboter) in den Schweißkabinen investiert. Insg. sind 75 verbundene Roboter im Einsatz. Seit 2018 wird dort wieder geschweißt. In 2 Schichten mit 45 Personen und einer Kapazität von 25 tausend Stück pro Jahr. Die neue Laserschweißlinie mit Robotern kann 25 Modelle in der Kabine schweißen, darunter auch LKW (halb-schwer). Der Zuschnitt erfolgt auch mit Laser. Bezogen werden die Stahlteile von Grupo Aethra. Das Managementsystem überwacht den Produktionsstrom und die Qualität. Es weist auch auf Wartungsbedarf hin und sammelt dazu Daten von den Robotern in Echtzeit. Laut Unternehmen kann das neue System 85 bis 100 tausend Aufgaben pro Jahr erledigen. Das System kann auch per Fotogrammetrie scannen und vergleicht dann das Produkt, das die Roboter gefertigt haben, mit dem Originalentwurf in 3D und kann so die Oberfläche prüfen und mögliche Fehler entdecken. Bauteile wie Fahrwerk, Motoren, Getriebe werden auch in fortschrittlichen Prozessen gefertigt werden.

In der **Chemiebranche** wird die Diskussion um neue Produktionskonzepte vom Comitê de Fomento Industrial do Polo do Grande ABC (COFIP ABC - Ausschuss für Industrieförderung in der Großregion ABC) angeführt. In diesem Ausschuss kommen verschiedene Unternehmen zusammen, die im Polo Petroquímico de Capuava ansässig sind. Braskem setzt dort z.B. einen innovativen Prozess mit 3D-Scans in seiner Fabrik Q3 um.

Die Gewerkschaften versuchen seit Jahren, diese Prozesse zu begleiten. Dabei soll möglichst viel Weiterbildung organisiert werden und sollen keine Arbeitsplätze verloren gehen.

Die Gewerkschaften wollen die neuen Schikanen aufhalten

Als Mitarbeiter eines Betriebes im Zuständigkeitsbereich einer Gewerkschaft musste man sich früher keine Gedanken um den Gewerkschaftsbeitrag machen. Einmal im Jahr wurde pauschal von allen ein Tageslohn einbehalten, vom Betrieb an den Staat überwiesen, der es an die Gewerkschaften weiterleitete („Gewerkschaftssteuer“).

Die Rechtsregierung Temer schaffte dieses System 2017 ab. Für ein Abführen des Beitrags vom Lohn musste erstmals der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin das Unternehmen beauftragen. Die Einkünfte der Gewerkschaften brachen brutal zusammen.

Die Gewerkschaften verhandelten also mit den Unternehmen neue kollektive Regelungen: das Unternehmen wird beauftragt, die Beiträge der Mitglieder oder Anerkennungsbeiträge der Nicht-Mitglieder vom Lohn abzuführen und zu überweisen.

Das ist aber der Regierung Bolsonaro nicht genug Schikane. In einem neuen Erlass (MP 873) wird

jetzt verfügt: ein Gewerkschaftsbeitrag darf nur bezahlt werden bei „vorheriger, individueller, freiwilliger, ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung“. Und der Beitrag darf nicht vom Lohn abgezogen und vom Unternehmen überwiesen werden. Er muss mit einem Überweisungsträger bezahlt werden. Dadurch befürchten die Gewerkschaften weitere Mitglieder zu verlieren.

Die gewerkschaftlichen Dachverbände protestieren heftig. Denn Bolsonaros Absicht ist klar: die Gewerkschaften finanziell zu ersticken. Und damit eine Massenmobilisierung gegen die geplante Rentenreform zu verhindern.

Erste juristische Schritte gegen den Bolsonaro-Erlass geben Hoffnung: in über 80 Fällen konnten Gewerkschaften eine einstweilige Verfügung durchsetzen – in der ersten Instanz. Weil die Richter den Erlass für verfassungswidrig halten. (Quellen: www.ihu.unisinos.br 5.3.19; www.cng.org.br 7.3.19

Ford wird schließen. Der Kampf um die Arbeitsplätze

Zu Beginn des Jahres deutete die zentrale Firmenleitung von Ford in den USA an, dass sie das Werk in Sao Bernardo zu schließen beabsichtige. Sofort regte sich die Belegschaft und führte in den ersten Wochen des Jahres bereits inner- und außerbetriebliche Aktionen durch, um das zu verhindern. Am 19 Februar kam dann der definitive Beschluss.

Was passiert mit den etwa 3 000 Arbeitsplätzen, den ArbeiterInnen und ihren Familien? Zusammen mit der Metallgewerkschaft im ABC wurden heftige Kämpfe wie Arbeitsniederlegungen und ein Totalstreik organisiert, der mehrere Wochen dauerte. Die Belegschaften anderer Betriebe wie Mercedes-Benz, VW, Scania, politische Persönlichkeiten schalteten sich ein, marschierten miteinander durch die Stadt. Mit hochrangigen lokalen Politikern wurde ein Besuch beim Zentralwerk in den USA durchgeführt. Ohne Erfolg. Der Beschluss blieb und bleibt bestehen.

Recht früh kam die Idee auf, das Werk an einen anderen Unternehmer zu verkaufen. Ende März stellte sich dieser ein. CAO A heißt die Firma, die in São Paulo und anderenorts bereits Joint ventures mit anderen Autofirmen wie Hyundai unterhält. Daraufhin nahmen die ArbeiterInnen nach 42 Tagen Streik die Produktion wieder auf. Der Kampf geht jedoch weiter. Wie viele Arbeitsplätze wird der neue Unternehmer erhalten? Welche Kompensationen gibt es für die ausgefallenen Arbeitstage? Und vieles mehr!

10. Kongress der Metallgewerkschaft

Vom **20. bis 24. Mai** wird die Metallgewerkschaft der CUT ihren 10. Kongress durchführen. Das ist das höchste Entscheidungsgremium der Gewerkschaft. Der Kongress findet statt in einer sehr kritischen Situation, in der sich Brasilien zurzeit befindet. Die neue rechtsorientierte Regierung hat schon viele Dinge angekündigt, die der arbeitenden Bevölkerung großen Schaden zufügen werden. Darum heißt das Thema der Veranstaltung:

LULA FREI!!! Demokratie!!

Kein Recht weniger!! Nationale Unabhängigkeit!!

Gewerkschaftliche Freiheit !!



Im Kampf für unseren Arbeitsplatz

Die Rentenreform

Eine der schwerwiegenden Maßnahmen der neuen Regierung ist die sogenannte Renten-“Reform“. Was wird sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechtern? Wie wehren diese sich dagegen?

1. Die Pläne der neuen Regierung

Bereits im Wahlkampf hat der neugewählte Präsident verkündet, dass er die Bemühungen um eine neue Rentengesetzgebung wieder aufnehmen wird, die unter seinem Vorgänger bereits begonnen worden waren, die aber wegen des wachsenden Widerstandes der Bevölkerung letztlich im Parlament erst gar nicht zur Abstimmung gelangten. Die notwendige Mehrheit war nicht zu erreichen.

Jetzt also hat Bolsonaro das Thema wieder aufgegriffen und am 20. Februar die Gesetzesvorlage dazu bekanntgegeben. Da das aktuelle Rentensystem die Haushaltskasse zu 13 % belastet, muss auf jeden Fall eine Änderung durchgeführt werden, wenn das Land überleben soll. Diese hohen Kosten entstehen wohl hauptsächlich dadurch, dass bestimmte höherstehende Bevölkerungsgruppen wie Militärs, Richter, Staatsbeamte etc. ganz außergewöhnlich hohe Renten beziehen: z. B. ab 55 Jahren dasselbe Gehalt weiter erhalten wie bislang und das im Todesfall auf die Ehefrau und auch die unverheirateten Töchter übergeht. Das soll so bleiben! Die Misere wird dadurch erhöht, dass viele Unternehmen ihre Beiträge nicht bezahlen. Das Hauptmittel der Verbesserung soll die sogenannte „**Kapitalisierung**“ der Rente sein. Das bedeutet: die Rentenkasse wird in das Finanzsystem überführt nach dem Vorbild von Chile, wo es schon ganz deutlich zur Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten geführt hat. „Die einzigen Gewinner sind die Banken“, sagt eine Soziologin von DIEESE, dem wissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften.



IM KAMPF FÜR UNSEREN ARBEITSPLATZ



ALLE GEGEN DIE RENTENREFORM

2. Die Wirkung auf das Leben der Menschen

Das Renteneintrittsalter wird erhöht: für Männer auf 65 und Frauen auf 62 Jahre, bislang 60 und 55. Die Jahre der Einzahlung in die Rentenkasse werden von 35 auf 40 für Männer, für Frauen von 15 auf 20 Jahre für eine volle Rente erhöht. Das bedeutet: Bei den zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen ist eine durchgehend lange notwendige Beschäftigungszeit nicht erreichbar. So gibt es dann für viele eine sehr schlechte Rente oder für manche überhaupt keine. So sagen viele: „Wir müssen arbeiten bis zum Sterben“ Die Lebenserwartung ist wesentlich geringer als bei uns.

3. Die Arbeiter kämpfen gegen diese Maßnahmen

Bereits bei dem Versuch von Ex-Präsident Temer, die Rente zu ändern, hatten sich die Gewerkschaften zusammengeschlossen und im April 2017 einen Generalstreik organisiert. Und auch jetzt haben sich die sieben größten Dachverbände zu gemeinsamen Aktionen entschlossen. So wurde bereits am **20. Februar** ein erster nationaler Aktionstag durchgeführt. In mehreren Hauptstädten von einzelnen Bundesländern gab es große Kundgebungen, die größte versammelte 10 000 Personen in São Paulo. Wichtig auch, dass in vielen Betrieben in den Tagen und Wochen vorher Vollversammlungen abgehalten wurden, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter über die Probleme der Rentenreform informiert und zum Kampf mobilisiert wurden.

Dieselben Dachverbände haben am **22. März** einen weiteren nationalen Kampftag organisiert. In über 120 Städten in ganz Brasilien fanden machtvolle Kundgebungen statt. In São Paulo versammelten sich über 70 000 und protestierten gegen die Vorschläge von Bolsonaro zu Rentenreform. Immer deutlicher wird von einem möglichen Generalstreik gesprochen. Zudem sollen die Parlamentsabgeordneten in ihren Heimatorten, aber auch auf den Flughäfen bearbeitet werden. So soll die notwendige Zahl der mit Ja abstimmenden Abgeordneten von 308 Stimmen unmöglich gemacht werden. Zu erwähnen ist auch, dass am 8. März zum Internationalen Frauentag das Thema Rentenreform eine wichtige Rolle spielte. Ab dem 2. April werden im ganzen Land Unterschriften gegen die Reform gesammelt und nach dem 1. Mai dem Parlament übergeben.

Zum ersten Mal in der Geschichte werden die gewerkschaftlichen Dachverbände in diesem Jahr am 1. Mai eine gemeinsame zentrale Kundgebung durchführen:

„Gegen das Ende der Rente.

Für mehr Arbeitsplätze und gute Löhne.“

Bericht vom 1. Austauschtreffen des 3. Projektdurchgangs 'Internationales Projektmanagement' - Jens Beckmann -

Im Rahmen der Ausbildungsreihe ‚IPM‘, die seit 2012 in der IG Metall durchgeführt wird, waren Mitte Oktober 2018 wieder junge Kolleg*innen aus Betrieben verschiedener Bezirke in Buenos Aires. Dort fand das erste einwöchige Austauschtreffen der Internationalen Begegnungen statt. Die Delegation der IG Metall von Daimler, VW, Thyssen-Krupp, P+S Stahl & Ford konnte sogar eine Woche vorher anreisen und mehrheitlich einen a1-Spanisch-Sprachkurs (für viele als Bildungsurlaub/-zeitgesetz) besuchen. In der Woche konnten die Stadt, die Menschen und vor allem die politische Lage erlebt werden; wir waren während einer Großdemonstration der Gewerkschaften als Teilnehmer dann auch im argentinischen Fernsehen vertreten. Das hat unseren Teilnehmenden einen tiefen Einblick in die besonders prekäre Situation Argentiniens gegeben. Hyperinflation, Obdachlosigkeit im nicht gekannten Ausmaß und omniprésente Armut sind sicht- und spürbare Auswirkungen der Regierung Macri, die sich von alter Sozialer Stärke, Solidarität und breiterem Wohlstand zugunsten offener Kapitalisierungsmärkte steuert.



In der Woche des Austausches mit etwa 30 Jugendlichen aus ganz Lateinamerika (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Dominikanische Republik, Mexiko, Nicaragua, Peru & Uruguay) fand dann ein kurzweiliges Seminar statt. Hier waren die politische Struktur, gewerkschaftlicher Aufbau und Arbeitsweise, das Bildungssystem und die Arbeitsbedingungen Thema in Vorträgen und Diskussionen. Zudem wurde das Produktionswerk von Toyota besucht und alle haben dort die lebhafteste (mit lauter Trommelmusik) Gewerkschaftsarbeit erlebt. Die Gewerkschaften machen in unterschiedlichen Kulturen sehr verschiedene Stimmung. Auch die Häuser der Gewerkschaften und Dachverbände sind besucht worden, und die früheren Teilnehmenden aus Argentinien

standen für den Austausch zur Verfügung. Für uns Betreuende ist es auch fantastisch zu sehen, dass sich die Aufgabe, die wir unterstützen, lohnt. Die früheren Teilnehmenden sind mittlerweile gereifte Gewerkschaftler, die die Internationale Strukturen der Krisen im Blick haben und bei ihren Forderungen mitdenken. Aber die Lage im Lande ist sehr besorgniserregend.

Nach der Reise haben unsere Teilnehmenden der IG Metall eigene Projekte konzipiert und sind jetzt in der Planungsphase. Die Projekte gehen vom Austausch in Lateinamerika und in Europa; sowie Fragebogen zur Standardangleichung in der Berufsbildung bis zu einem Frauengleichbehandlungskongress mit anschließender Charta (als Wunschergebnis). Alles ist durchaus realistisch. Einige sind schon bei der abschließenden Organisation von Terminen und Inhalten. Anfang März haben wir uns für die Reise (Ende Mai 2019) nach Brasilien vorbereitet. Wir werden dieses Mal nicht nach Sao Paulo reisen. Curitiba ist unser Ziel. Hier treffen wir alle Jugendlichen wieder und wir werden nun die Situation in Brasilien analysieren und auch erleben, dass jeder der etwa 40 Jugendlichen ein eigenes Projekt geplant hat und in der Zeit bis zum Abschlusstreffen im Juni 2020 in Deutschland umsetzen wird. Besonders froh sind wir, Gelegenheit zu haben, in Curitiba das Gefängnis zu besuchen, in dem der frühere Präsident Brasiliens und langjährig aktive Gewerkschaftler Lula einsitzt. Die Verurteilung ist, so lassen alle Fakten erkennen, eine gezielte Aggression um Lula und die PT (Arbeiterpartei) nicht wieder an die Macht kommen zu lassen. Dies hat auch zur unsäglichen Situation in Brasilien geführt, dass Bolsonaro, ein militanter Hassgewerkschaftlicher Solidarität und bürgerlichen Miteneinander, an die Macht gekommen ist.

Hinweis auf ein Brasilien - Seminar
Beginn: 24.11.2019 - Ende: 29.11.2019
in der DGB Bildungsstätte Hattingen

Vom Wirtschaftsboom in den Korruptionssumpf: Zeitenwende in Brasilien?

Welche strukturellen Probleme in Politik und Wirtschaft hat das Land? Welche Rolle spielen die führenden Medien in der Krise? Wie positionieren sich die Gewerkschaften und welche Handlungsspielräume haben sie?

Niklaas Hofmann und Franka Bindernagel werden das Seminar leiten.

Marielle presente!

Marielle presente – Marielle ist anwesend, sie ist unter uns – das ist eine der Parolen, die man an Häuserwänden und Mauern Rios finden kann. Und Marielle wird auch im Straßenkarneval gewürdigt, sei es bei der großartigen Aufführung der Sambaschule Mangueira im Sambodromo, oder im „Complexo de Maré“, wo Marielle damals die Karnevalsgruppe selbst ins Leben gerufen hatte.

Marielle war eine in Rio bekannte Lokalpolitikerin der Partei PSOL, eine linkssozialistische Organisation, die in Rio stark ist. **Am 14. März 2018** wurde sie samt ihrem Fahrer Anderson Gomes auf offener Straße in ihrem Auto von Kugeln durchsiebt. Ein Blutbad. Ihre brutale Ermordung geschah durch Milizen. Der Hauptverantwortliche ist bis heute nicht gefasst, obwohl man ihn kennt.

Noch mehr als früher ist Marielle heute zu einem Symbol für das andere Brasilien geworden. Zum Gegenentwurf auch gegen eine rassistische, sexistische,

rechtsradikale gewalttätige Bolsonaro-Regierung samt ihren Anhängern in Stadt und Land.

Taliria Petrone (auch von PSOL) beschreibt ihre heutige Bedeutung: „Marielle ist eine Frau in einem Land mit den fünftmeisten Frauenmorden der Welt. Eine dunkelhäutige in einem Land, in dem Afrobrasilianer als Körper angesehen werden, die man töten kann. Marielle war eine Frau, die eine andere liebte, in einem Land, das lesbische Frauen vergewaltigt, das Rekordzahlen von Morden an LGBT verzeichnet. Eine sozialistische Frau in einem Land mit sozialem Ungleichgewicht. Verfechterin von Menschenrechten in einem Land, das mit Morden an Menschenrechtsverfechtern Rekorde schreibt. Und eine Abgeordnete in einem Land, in dem der Anteil von Frauen, vor allem dunkelhäutiger Frauen, in der Politik äußerst gering ist“. (Zitat aus Frankfurter Rundschau, 19. Februar 2019, S. 20/21)

Wird der Mord an Marielle Franco jemals aufgeklärt?

Am 14. März 2018 wird die Aktivistin und linke Politikerin Marielle Franco und ihr Fahrer Anderson Gomes auf offener Straße hingerichtet – übrigens mit einer Waffe der deutschen Waffenfirma Heckler und Koch.

Dieser Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Zwar wurden jetzt zwei verdächtige ehemalige Militärpolizisten verhaftet. Aber die Hintermänner oder Auftraggeber sind nicht dingfest gemacht. Ein Verdacht fällt auf einen ehemaligen Polizeihauptmann namens Nóbrega, der untergetaucht ist. Und der offenbar vor einer Verhaftung immer rechtzeitig gewarnt wird.

Als sicher kann gelten, dass die Mörder aus den Reihen der Milizen kommen. Die Milizen, zu den auch Nóbrega gehört, rekrutieren sich sehr stark aus Leuten der Polizei und Militärpolizei. Früher wollten sie auf eigene Faust Ordnung schaffen, heute betreiben sie Landraub, Geldwäsche, Immobilienspekulation. Ca. 25% des Stadtgebiets von Rio

stehen wohl heute unter ihrer Kontrolle. Mit ihrer politischen Arbeit ist Marielle Franco diesen Leuten in die Quere gekommen. Deshalb wurde sie erschossen.



Die Milizen sind politisch gut vernetzt. Bolsonaros Sohn Flavio hatte Nóbregas Mutter und seine Ehefrau in seinem Büro beschäftigt. Und er äußert offene Sympathien für die Milizen. Wird dieser Mord jemals aufgeklärt werden, wenn er Hintermänner in Brasiliens korrupter herrschender Klasse hat?

Politischer Karneval

Im Karneval von Rio de Janeiro wurden wieder politische Akzente gesetzt. Die große Sambaschule Mangueira erhielt für ihre Aufführung den ersten Preis. Und diese Aufführung ehrte die vergessenen Helden der brasilianischen Geschichte, schwarze, indigene und weibliche Anführer. Und kritisierte die offiziellen Helden der Geschichte, die oft auch für Unterdrückung und Massaker stehen.

Besonders geehrt wurde die 2018 ermordete Marielle Franco. Politische Mitstreiter der PSOL sowie ihre Witwe gingen im Zug mit. Ihr Gesicht war auf den Fahnen abgebildet. Ohne Zweifel: sie ist aufgenommen in die Reihen tapferer brasilianischer Kämpferinnen gegen die Unterdrückung.

Quelle : www.revistaforum.com.br 5.03.2019

Das Widerstandscamp in Curitiba: Die größte Bewegung für "LULA FREI"!

von Namir Martins

Zwei Tage hielt sich Lula im Gewerkschafts-
haus in São Bernardo auf. Einen Tag davor
nahm er an einer Messe für seine Frau Marisa
Leticia teil. Am 07.04.2018 brachte ein Poli-
zeihubschrauber Lula ins Gefängnis der Bun-
despolizei in Curitiba. Noch an diesem Tag
begannen die Anhänger/Innen Lulas eine
Mahnwache in der Nähe des Gebäudes der
Bundespolizei zu organisieren. So entstand
das Widerstandscamp "Lula livre "(Lula frei).
Die Unterstützer/Innen des Ex-Präsidenten
wurden von der Polizei mit Tränengas und
Kugeln"empfangen!".

Die Wache entstand zuerst an einer Kreuzung,
die später von den Unterstützer/Innen
Olga Benário Platz genannt wurde. Mit un-
terschiedlichen Gefühlen betritt man das Wider-
standscamp "Lula livre": Eine Mischung aus
Zorn, Bewunderung, Trauer und Hoffnung.
Im Mai 2018 zerstörte die Militärpolizei der
Stadt die Tonausrüstung des Lagers, die die
Demonstranten benutzten. Einen Monat spä-
ter wurde gegen diese geschossen. Im Juli
2018 hat das Widerstandscamp ein neues
Haus bekommen. Sie sind jetzt gegenüber der
Bundespolizei, sodass Lula das Geschehen
hören kann: die politischen Reden, die Musik,
die Liebeserklärungen und die täglichen "Gu-
ten Morgen, Guten Tag und Guten Abend
Präsident Lula". Das Komitee Pro-Lula und für
die Demokratie des Camps informiert täglich
die Besucher, was dort stattfinden wird. Zwei
Monate später wurde das Schulungs- und Kul-
turzentrum "Marielle lebt" gegründet. Bei der
Eröffnung waren die Eltern der ermordeten
Abgeordneten Marielle Franco anwesend.

Es gibt verschiedene Räume: einen für Spen-
den aller Art, einen Raum für die Küche, einen
Raum für die Kranken und einen Raum für
Kommunikation, in welchem Interviews und
Gespräche stattfinden können. Die Wache
wird von der MST (Landlosenbewegung), der
CUT (Gewerkschaft) und der Arbeiterpartei
(PT) unterstützt. Auch Privatleute können
Geld, Kleidung oder Essen spenden.

Wie schon erwähnt, die Anhänger/Innen ver-
sammeln sich jeden Tag um 9 Uhr, um Lula
zu begrüßen. Sie wiederholen die Begrüßung
um 14 Uhr und um 19 Uhr. Persönlichkeiten
wie Noam Chomsky, Danny Glover, Ernesto

Samper, Pepe Mujica, Adolfo Perez Esquivel,
Aleida Guevara, Leonardo Boff und Martin
Schulz u.a. haben das Widerstandscamp
schon besucht. Viele Menschen sind dort seit
der Festnahme des Präsidenten. Einige blie-
ben ein paar Tage, andere kommen und ge-
hen. Das Widerstandscamp kämpft gegen die
Ungerechtigkeit der Justiz und hat das Ziel,
Lula zu unterstützen und für seine Freiheit zu
kämpfen. Wie die Anhänger/Innen Lulas sa-
gen: " Wir werden Curitiba nur verlassen, wenn
Lula frei ist!".



Protest vor dem Gefängnis in Curitiba

Vom 05.04 bis 10.04.19 fanden sowohl in
Brasilien als auch überall in der Welt Pro-Lula
Demonstrationen statt. Die Demonstrant/Innen
haben über die Ungereimtheiten des Prozes-
ses gesprochen und die sofortige Freilassung
des Präsidenten gefordert. Der Höhepunkt
des **weltweiten Protestes war am 07.04.** An
diesem Tag ist Lula seit einem Jahr im Ge-
fängnis. Wir fordern seine Freilassung! Frei-
heit für Lula!

Die Veranstaltungen für Lula livre haben schon am 5.04.2019 begonnen. Politiker/-innen, Gewerkschafter/-innen und Anhänger/-innen Lulas marschierten von Porto Alegre nach Curitiba. Dort gab es eine große Kundgebung für die Freilassung Lulas mit ca. 10 000 Demonstranten am Widerstandscamp „Lula livre“. Auch im Ausland gab es Proteste. Sie wurden von dem Komitee International „Lula livre“ ins Leben gerufen. Mit Plakaten, Bannern und Musik gingen die Demonstranten vor allem in großen Städten wie Köln, Bonn, Frankfurt, München und Berlin auf die Straße, um über die politische Situation Brasiliens zu sprechen und die Freilassung des Ex-Präsidenten zu fordern.

Das Leben in den Favelas von Rio

von Regina Leão, Pastoralarbeiterin. Teilweise aus *Brasilicum* KOBRA

Rio de Janeiro ist ein Land des Reichtums, der Schönheiten und der vielen eindeutigen Widersprüche, der Ungleichheiten unter den Menschen, die im gleichen Gebiet leben, mit einem sehr niedrigen Index der menschlichen Entwicklung der lokalen Gemeinschaft im Vergleich zum Pro-Kopf-Einkommen der Bewohner des "Asphalts".

Diese Tatsache spiegelt immer noch unseren Prozess der Kolonisierung, der Sklaverei wider, in dem viele Favelas wie die alten Senzalas sind, mit Menschen, die in extremer Armut leben, ohne Hygiene, unter ständiger Gewalt, prekärer oder nicht vorhandener Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen, Infrastruktur und Ausrüstung.

Obwohl das Recht auf Wohnen seit 1948 eines der universellen Grundrechte ist, gibt es heute 6 300 Favelas, die über ganz Brasilien verteilt sind. Dies ist der Fall bei der Rocinha-Favela in Rio de Janeiro, die fast 70 000 Bewohner erreicht. Wenn es eine Stadt wäre, wäre sie unter den 450 größten des Landes. In ganz Brasilien leben 11,4 Millionen Menschen an solchen Orten, die durch die Besetzung von öffentlichem oder privatem Land und ohne vollen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen entstanden sind.



Brasilien verfügt über eine der fortschrittlichsten Gesetzgebungen zum Schutz und zur Förderung von Kinder- und Jugendrechten.... Das Fehlen einer stringenten Sozialpolitik führt dazu, dass einem Großteil der jungen Generation sowohl ihre Gegenwart als auch die Zukunft genommen wird, weil Gewalt und Tod den Alltag bestimmen.

Unser Alltag ist geprägt durch Gewalt. In Rio stellt sich täglich die Frage, ob die Kinder überhaupt wieder nach Hause kommen. (*Manche gehen erst gar nicht zur Schule, wenn geschossen wird*). Nach Angaben des dem Sekretariat für öffentliche Sicherheit unterstellten Instituts für öffentliche Sicherheit (ISP) in Rio de Janeiro waren im Jahr 2016 von 644 Menschen, die in Zusammenstößen (sic!) mit der Polizei im Bundestaat Rio de Janeiro getötet wurden, 497, und damit 77,2% schwarz oder dunkelhäutig¹.

¹Nicht alle Fälle der Todesopfer sind dabei Polizeigewalt

Die tötende Waffe ist dauerhaft auf die afrobrasilianische Jugend² gerichtet. Im *Atlas der Gewalt*, der 2016 vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IPEA) herausgegeben wurde, wird hervorgehoben, dass Jugendliche in Brasilien zwischen 15 und 29 Jahren die häufigsten Opfer von Tötungsdelikten sind und unter den 21-Jährigen die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Gewalttat zu werden, am Höchsten liegt. Junge Afrobrasilianer sind das Hauptziel tödlicher Gewalt: die Wahrscheinlichkeit, auf Grund ihrer Hautfarbe und Herkunft zu sterben, liegt 147% höher als bei Nicht-Schwarzen. Rassismus ist ein perverses Vermächtnis unserer Geschichte der Sklaverei. Auch 128 Jahre nach dem Ende der Sklaverei besteht diese in unseren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen, Praktiken, Entscheidungen und Strategien der Aufrechterhaltung der Ausrottung und/oder des Genozids der afrobrasilianischen Bevölkerungsgruppe fort.

Geplant: „Lizenz zum Töten“

Minister Sergio Moro, Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit, hat jetzt ein „Paket zur Kriminalitätsbekämpfung“ vorgelegt.

Spezialisten auf diesem Gebiet lehnen das Paket komplett ab, es widerspricht allen Tatsachen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es sei eine Form einer „Lizenz zum Töten“. Denn offizielle Nachforschungen bei einer Tötung durch einen Polizisten wird es kaum noch geben.

Ein Bündnis aus 39 sozialen Bewegungen protestiert heftig gegen die geplanten Maßnahmen: sie werden das Gegenteil des Geplanten bewirken, sie werden Gefangennahme und Genozid an der schwarzen Jugend und der Jugend in der Peripherie verschlimmern. Die geplante Lockerung der Unschuldsvermutung wird ungezählte Menschen in die überfüllten Gefängnisse bringen. Die Organisationen rufen die Interamerikanische Menschenrechtskommission und die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) an und bitten um Hilfe. Übrigens: Minister Moro war früher Richter und als solcher hat er Lula ins Gefängnis gebracht. Und damit die Wahl von Bolsonaro erst ermöglicht. Quelle:

www.ihu.unisinos.br 25.2.19 - von Mitglied des AK-

zuzuordnen..

²Laut Atlas der Gewalt aus dem Jahr 2016 werden als 'Schwarze' Personen mit der Hautfarbe schwarz oder dunkelhäutig bezeichnet. Als 'nicht schwarz' Weiße, Indigene oder 'gelb', Andersfarbige. Definition angelegt an das Statistikinstitut IBGE und dem Ministerium für Gesundheit. 2016.

Die Bewegung der Landlosen unter neuem Druck

Inmitten der Militarisierung und Demontage der für die Agrarreform verantwortlichen Institutionen verteidigt der neue Staatssekretär für Landfragen, Luiz Antônio Nabhan Garcia, im Interview mit der Zeitschrift *Veja* die Ermordung von Landlosen und kündigt an, er werde die Schulen des MST schließen.

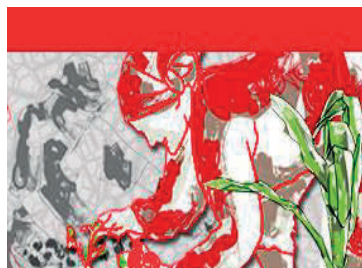
von Mareike Wiegels und Janailson Almeida

Militarisierung der Landfrage

Die neuen Frontmänner der Bolsonaro Regierung in den für Agrarreform zuständigen staatlichen Institutionen tragen Tarnfarben-Uniform und Waffen: Ein Drittel der Führungspositionen in den Ministerien ist nun besetzt mit ehemaligen oder aktiven Mitgliedern des Militärs. Das gilt für INCRA, verantwortlich für die Registrierung und Verwaltung von Land, und die FUNAI, die die traditionell von indigenen Völkern bewohnten Gebiete erfassen und schützen soll. Luiz Antônio Nabhan Garcia, der als neuer Staatssekretär für Landfragen verantwortlich sein wird für die Demarkation von Indigenen- und Quilombola-Land sowie für die Verhandlungen mit sozialen Bewegungen wie der MST, ist kein Militär. Mit seiner Rhetorik passt Nabhan Garcia trotzdem gut ins Bild: In einem Interview mit *Veja* vom 16. Januar 2019 nennt er die MST eine "illegale Organisation", eine "Armee von Banditen, von Außergesetzlichen". Er erklärt, er werde keinen Dialog mit der MST führen und die Strafen für die "illegalen Besetzungen" der MST müssten verschärft werden. Das Land, das 350.000 Familien der MST in den letzten drei Jahrzehnten zugeteilt wurde, müsse erneut überprüft und könne ihnen wieder weggenommen werden.

Die Notwendigkeit der Besetzungen im Prozess der Landumverteilungen

Der von Nabhan Garcia geäußerte Vorwurf, die MST würde sich unrechtmäßig private Grundstücke aneignen, ist falsch. Tatsächlich ist privater Grundbesitz an die Erfüllungspflicht eines sozialen Nutzens gebunden. Da dies ohne Druck "von unten" jedoch nicht passiert, sind die Besetzungen der MST wichtige Methoden, um die staatlichen Institutionen aufzufordern, ihre Pflicht zu erfüllen. Im Erfolgsfall benachrichtigt das INCRA daraufhin den Großgrundbesitzer und das zuständige Ministerium über die Missverhältnisse. In einem juristischen Prozess, der oft mehrere Jahre dauert, wird festgestellt, ob im konkreten Fall die Voraussetzungen für Enteignung und Umverteilung erfüllt sind.



Die Landbesetzungen des MST, die Nabhan Garcia als "Invasionen" darstellt, sind daher legitim und haben historisch eine enorm wichtige Rolle in den strukturellen Veränderungen des Landes gespielt. Viele Gebiete, die unproduktiv waren, wurden durch die Bewegung verändert, die Kooperativen der Bewegung zahlen Steuern, verkaufen auf Märkten und in Läden und spenden Lebensmittel. Die ökologische Produktion der 100 Kooperativen, 96 Agrarindustrien und 1900 Genossenschaften des MST, mittlerweile der größte Produzent von Bio-Reis in Lateinamerika und der größte Produzent von Bio-Produkten in Brasilien, wäre nicht möglich gewesen ohne die Landbesetzungen. Genauso wenig wie die durch den kollektiven Prozess geschaffene soziale Gleichberechtigung im Zugang zu gesunden Lebensmitteln, Wohnraum, Arbeit, Bildung und Kultur. Mehr als 200.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben dank der Schulen des MST auf besetztem und durch Agrarreform zugeteiltem Land Zugang zu Bildung in Kindergärten, Grundschulen, Hochschulen und zu technischen Ausbildungen. Viertausend Lehrer arbeiten an den Schulen, mehr als 250 ErzieherInnen in den Kindergärten. Die Schulen der Bewegung sind fundamental für die Alphabetisierung auf dem Land: Fünftausend Erwachsene lernten durch die selbstorganisierten Kurse der Bewegung Lesen und Schreiben. Die zweitausend Schulen des MST, die zum Großteil durch den staatlichen Bildungs- und Kulturrat anerkannt sind, nennt Nabhan Garcia "kleine Diktatorfabriken", die ihm zufolge geschlossen werden sollen. "Es geht nicht, dass marxistische, leninistische, bolivarianische Schulen zugelassen werden, die Kindern beibringen, Privatbesitz zu invadieren und Verbrechen zu begehen. Wir werden die Schulen schließen und die Verantwortlichen für die Indoktrination bestrafen. Außerdem muss das als Verbrechen eingestuft werden, als Hochverrat", so Nabhan Garcia.

Der Staatssekretär der neuen Regierung bricht also den Dialog mit MST ab und fördert das Panorama der Gewalt gegenüber Landlosen.

Dieser Text ist Teil eines regelmäßigen Newsletters der FreundInnen der brasilianischen Landlosenbewegung MST e.V. und treemedia e.V. Kontakt: amigas@mstbrasilien.de

Joao Pedro Stedile von der Nationalen Koordination des MST: „**Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, Ländereien zu besetzen, in den Dialog mit der Gesellschaft zu treten, die Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen und gesunde Lebensmittel herzustellen**“

Bildung und Universität

von Barbara Geier GEW Landesvorstand Hamburg

„Das Ministerium für Bildung und Kultur (MEC) ist eines der wichtigsten Ministerien, es muss gut geführt werden“ betont Jair Messias Bolsonaro immer wieder. Seine erste Wahl für die Leitung des Ministeriums war daher der Leiter des Bildungsforschungsinstituts Ayrton Senna, Mozart Neves Ramos, der selbst Schüler und Lehrer an einer staatlichen Schule war, als Universitätsprofessor Lehrer*innen ausbildete, Rektor der Staatlichen Universität von Pernambuco und Bildungsminister des Bundesstaates Pernambuco wurde.

Bolsonaro setzte aber nicht Mozart Neves Ramos in das Amt des Ministers ein, sondern den unbekanntem Philosophie-Professor Ricardo Vélez Rodrigues. Warum tauschte Bolsonaro einen sowohl inhaltlich wie auch in Leitungsaufgaben kompetenten Mann gegen einen Unerfahrenen aus? Was steht hinter den 16 Entlassungen und Kündigungen vom stellvertretenden Minister, dem Luftwaffenoberst Roquetti, bis zu Ressortleiter*innen im MEC? Vélez bleibt im Amt trotz aller Entlassungsgerüchte. Wer sind die mächtigen Beeinflusser, ja Entscheider hinter Bolsonaro?

Von außen bestimmen zwei um die Entscheidungshoheit konkurrierende Lager das Geschehen. Die Einen sind die Anhänger des ultrarechten Philosophieprofessors Olavo de Carvalho, die ‚Olavistas‘ oder ‚ideologistas‘, die Anderen das Militär. Bolsonaro, ehemaliger Hauptmann in der Armee, sieht in Olavo seinen geistigen Guru und das Militär als Garant für Ordnung. Olavo de Carvalho lässt in seinen Videobotschaften und Erklärungen keinen Zweifel, wie das Ziel, die brasilianische Gesellschaft zu den Werten Familie, Religion und Patriotismus zurückzuführen, erreicht werden kann. Man muss bei den Jüngsten anfangen, die Inhalte der Lehrbücher bereinigen, von der kommunistischen Propaganda und falschen antinationalen Geschichtsschreibung befreien. Dies gilt besonders für die Darstellung der 21 Jahre Militärdiktatur. Diese Zeit soll nur als Zeit der Wiederherstellung der Ordnung durch das Militär dargestellt werden „ohne die Lügen über Tötung, Verfolgung“. Bolsonaros Ankündigung, die Lehrpläne zu erneuern, d.h umzuschreiben, wurde bislang noch nicht umgesetzt. Olavo sagt auch ganz klar, dass bei der „Säuberung“ auch kein Halt vor Personen im Ministerium gemacht werden darf. In den ersten drei Monaten der Amtsführung von Bolsonaro/Vélez können wir nur feststellen, dass es große Ankündigungen für Reformen gab, die aber kleinlaut wieder zurückgenommen wurden. ‚**Escola sem Partido**‘ war schon ein Slogan vor der Amtseinführung. Schüler*innen und Student*innen waren aufgefordert, Lehrer*innen und Dozent*innen zu melden, sogar zu filmen, die antinationale Inhalte wie Greuelthaten unter der Militärdiktatur oder unmoralische Inhalte wie Sexualerzie-

hung unterrichteten. Das löste großen Protest aber auch Verunsicherung in den Schulen und Universitäten aus. Das MEC zog diese Anweisung zurück. Ein großer Wurf sollte die Schaffung von zivilen Militärschulen (escolas cívicas militares) sein. Neben den schon bestehenden Schulen an Militärstandorten sollen landesweit in allen Bundesstaaten **zivile Militärschulen** entstehen. Das MEC legt schon einen sehr detaillierten Plan vor: „Das Militär verfügt über gute organisatorische und disziplinarische, die Lehrer*innen über pädagogische Fähigkeiten. Das militärische Personal wird als Tutoren für die Erziehung benutzt, gewährleistet den Schutz der/des Einzelnen und der Gruppe. Die Militärs tragen mit ihrer organisatorischen Sichtweise und der ihnen eigenen Disziplin hierzu bei, die Zivilisten mit ihrer pädagogischen Kenntnis“. Der Plan wurde als Gesetzesvorlage zurückgezogen und den Schulen als ‚freiwillige Möglichkeit‘ zur Wahl gestellt.

Zur Erstarkung des Patriotismus sollte in allen schulischen Einrichtungen vor Beginn des Unterrichts die **Nationalhymne** gesungen und ein Appell des Bildungsministers verlesen werden, der mit dem Slogan der Präsidentschaftswahl endete: ‚Bolsonaro para tudo. Deus para todos‘. (Bolsonaro für alles. Gott für alle). Dies alles sollte in Videobotschaften festgehalten und an das MEC geschickt werden. Da die Einwilligung der Erziehungsberechtigten zum Film nicht eingeholt war, wurde die Aktion wieder abgesagt. Die Einwilligungserklärung soll nachgeholt werden und die Aktion auf freiwillige Basis gestellt werden. Der Wahlslogan muss lt. Gerichtsbeschluss weggelassen werden, da in Schulen keine Wahlpropaganda gemacht werden darf.

Es gibt bislang keine landesweiten großen Proteste. Ob die diesjährigen Jubel- Gedenkfeiern zum Jahrestag des Militärputsches ein Probelauf zur Einrichtung eines schulfreien Tages, eines von Bolsonaro geplanten nationalen Feiertages sind, bleibt offen. In den Tageszeitungen wird weiter spekuliert, wie lange der Bildungsminister Ricardo Vélez Rodrigues gehalten wird. Welche Ankündigungen der Regierung umgesetzt werden bleibt abzuwarten.

Letzte Meldung: Neuer Erziehungsminister

Am 9. April wird bekanntgegeben: Bolsonaro hat einen neuen Erziehungsminister ernannt. Er heißt Abraham Weintraub. Er ist ein Mann aus dem Finanzsektor, früher Manager verschiedener Banken und Finanzinstitute. Mit dem Thema Erziehung hatte er noch nie zu tun. Sein Ziel: „den kulturellen Marxismus an den Universitäten besiegen“.

Quelle:

<http://www.ihu.unisinos.br/588225-bolsonaro-coloca-executivo-do-mercado-financeiro-como-ministro-da-ecacao>

Leben und Lehren an den Universitäten unter der rechtsextremen Regierung von Bolsonaro – ein kurzes Stimmungsbild Clovis Zimmermann

Die Anthropologin Debora Diniz von der UNI Brasilia hat mehrere Kampagnen für die Legalisierung der Abtreibung in Brasilien unterstützt. Eine im Jahr 2018 vor dem Obersten Gerichtshof eingebrachte Klage auf Legalisierung von bis zu 12 Wochen löste eine Drohwelle aus, die sie dazu zwang, polizeilichen Schutz zu suchen und im Januar dieses Jahres das Land zu verlassen. An der Bundesuniversität von Bahia, an der ich arbeite, herrscht auch Angst, da viele meiner Kolleginnen im Internet täglich Morddrohungen bekommen. Vor allem diejenigen, die sich mit der Gender-Frage und Feminismus beschäftigen. Die Kolleginnen kritisieren, dass die Regierung nicht über Gender-Fragen diskutieren will. Es geht nicht nur um eine Zensur, sondern die Regierung will ihre eigene Ideologie zur Hegemonie

an den Unis ausbauen. Ich selbst arbeite über Sozialpolitik und habe noch keine Morddrohungen erfahren, dennoch bin ich immer sehr vorsichtig mit meinen Aussagen. Nach drei Monaten Regierung zeigt sich, dass Bolsonaro bereits unter massivem Druck steht, vor allem weil die Rechtsextremen in Brasilien keine konkreten Ideen haben, wie sie das Land regieren sollen und wie sie die Bildung des Landes unterstützen werden. Deshalb ist es zumindest vorstellbar, dass wir mit Protesten und Mobilisierungen das Projekt "Maulkorb" für Lehrer stoppen. Der Konflikt wird jedoch länger bleiben, da die Rechtsextremen in Brasilien eigentlich gegen den Ausbau und die Erweiterung des Zugangs zur universitären Ausbildung sind.

Bolsonaros Regierung gegen indigene Völker. Notwendiger Widerstand!

Carolina Ribeiro Santana und Felipe Bley Folly¹

Nach 100 Tagen im Amt werden die Versprechen Bolsonaros Wahlkampagne zur Demontage der Sozialpolitik und gegen die Menschenrechte leider allmählich erfüllt. Bereits am ersten Tag seiner Amtszeit, am 1. Januar, hat Bolsonaro die *vorläufige Maßnahme 870/19* - einen einseitigen Gesetzgebungsakt der Präsidentschaft der Republik - erlassen, die eine „Verwaltungsreform“ durchführen sollte, die grundsätzlich die Grundrechte der am stärksten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft direkt bedroht und abbaut.

Insbesondere sind die Indigenen Brasiliens betroffen. In weniger als 90 Tagen haben die Angriffe auf ihre Rechte 30 Jahre indigene Politik zunichtegemacht. Zu den schwerwiegendsten Maßnahmen gehört die Übertragung eines Teils der brasilianischen Indigenenbehörde (FUNAI) auf das Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte, dessen Ministerin Pastorin Damares Alves, *indigene Völker kriminalisiert und Menschenrechte aus einer evangelikalischen Sicht behandelt*.



Foto: Melissa Teixeira/350.org Brasil e COESU

Der andere Teil von FUNAI – zuständig insbeson-

dere für die Identifizierung und Demarkierung neuer indigener Ländereien – wurde vom Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung (MAPA) unter dem Kommando von Ministerin Tereza Cristina, einer der Leitfiguren der Repräsentanten des Agrobusiness im Kongress (sog. „Bancada Ruralista“), übernommen. Die Ministerin ist eine treue Verfechterin der Expansion des Agrarsektors. Zusammengefasst, es werden keine weiteren Demarkierungen indigener Ländereien vorgenommen.

Nicht zuletzt ist die Regierung Bolsonaro begeistert von der vom Bundesgerichtshof geförderten informellen Verfassungsänderung zur Gewährleistung des Territorialrechts der indigenen Völker. Die Änderung von Artikel 231 der Verfassung, die als *These des Zeitrahmens* bekannt ist, wird von Juristen, NGOs und von der Bundesanwaltschaft bekämpft, weil sie den historischen und gewalttätigen Prozess der Vertreibung dieser Völker aus ihrem Land ignoriert und die Vorlage von äußerst rigorosen und fast unmöglichen Beweisen für Demarkierung indigener Länder erfordert.

Dies sind nur einige Beispiele, wie das Szenario der Bedrohung der Rechte indigener Völker sich rasant verschärft hat. Die indigenen Völker setzen jedoch ihre Kämpfe und Mobilisierung fort. Die Organisation des 15. Camps „Freies Land“ („Acampamento Terra Livre“) Ende April 2019 in Brasília, die wichtigste und größte Versammlung indigener Völker in Brasilien, repräsentiert einen wichtigen Moment zur Denunzierung der systematischen Verletzungen ihrer Rechte durch die Regierung von Jair Bolsonaro. Daher ist die internationale Solidarität mit dem Kampf der indigenen Völker Brasiliens mehr denn je ein Gebot der Stunde. Eine Spendenkampagne für das Camp ist jetzt offen und kann unter <http://apib.info/2019/04/01/support-the-2019-free-land-camp/> gemacht werden.

¹ **Carolina Ribeiro Santana** ist Rechtsanwältin und arbeitet mit indigenen Rechten und promoviert an der Universität Brasília (UnB). **Felipe Bley Folly** ist Menschenrechtsanwalt und arbeitet für FIAN International.

Regierung Bolsonaro gibt massenhaft Agrargifte frei

Die rechtsextreme Regierung Bolsonaro macht, was sie versprochen hat: Kontrollen und Einschränkungen für die Agrarindustrie beseitigen. In den ersten beiden Regierungsmonaten wurden bereits 121 neue Erlaubnisse für Agrargifte erteilt! Darunter Produkte, die in USA oder Europa nicht erlaubt sind. (2016 waren es noch 20 neue Erlaubnisse im Gesamtjahr, in 2017 waren es 47 neue Erlaubnisse).

Die zuständige Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina ist eine Lobbyistin der Agrarindustrie (Spitzname „Muse des Gifts“). Ende des Jahres 2018 waren 131 neue Zulassungsanträge eingereicht worden. Die werden jetzt offenbar im Schnellverfahren durchgewunken.

Von den Genehmigungen des Januar 2019 sind 28 als hochtoxisch eingestuft, 14 sind „sehr gefährlich für die Umwelt“, 12 sind als „gefährlich für die Umwelt“ eingestuft.

Bereits im Dezember 2018 wurde Sulfoxaflor freigegeben, ein Produkt von DowChemical. Sulfoxaflor wurde in den USA nach zwei Jahren Anwendung wegen seiner Bienengiftigkeit die Genehmigung wieder entzogen. Eine neue Genehmigung erhielt auch die BASF für ihr Fungizid „Veldara“ Es gilt als mittelgiftig.

Auffällig ist, dass eine erhebliche Anzahl der neuen Produkte in China hergestellt wird. China entwickelt sich gerade zum Großhersteller von Pestiziden. Und Brasilien ist weltweit der höchste Verbraucher von Agrargiften.

Übrigens: Brasilien exportiert viele Lebensmittel nach Europa (Kaffee, Zitrusfrüchte, besonders viel Soja für die Tiermast). So besteht die ständige Möglichkeit, dass auch ein Teil dieser Pestizide von uns „konsumiert“ wird.

Quelle: Reporter Brasil in Quiminforma No. 270, Januar 2019 (Zeitung der Chemiegewerkschaft von Guaratinguetá) und „De Olho nas Rurallas“, 1.04.2019

Beschleunigte Abholzung des Amazonas-Urwaldes

Die Abholzung des Amazonas-Urwaldes geht mit Riesenschritten voran: allein im Januar 2019 wurden 108 Quadratkilometer neu abgeholzt: 54% mehr als im Januar 2018.

Diese Zahlen, die auf satellitengestützten Erhebungen beruhen, werden vom Institut „Mensch und Umwelt des Amazonas“ (Imazon) verbreitet.



Spitzenreiter der Abholzung sind die Bundesstaaten Mato Grosso, Roraima und Rondonia. Die sprunghafte Zunahme erklärt sich dadurch, dass Bolsonaro angekündigt hatte, mehr Erlaubnisse zur Abholzung zu erteilen. Welcher illegale Abholzer braucht da noch eine ernsthafte Bestrafung zu befürchten? Beschleunigte Abholzung bedeutet beschleunigte Klimakatastrophe – auch für Europa. Doch davon lässt sich kapitalistische Profitgier nicht beeindruckten.

Quelle: www.ihu.unisinos.br 2.03.2019

Bienensterben auch in Brasilien

Auch in Brasilien zerstört die industrielle Großlandwirtschaft ihre eigenen Grundlagen: in den drei Monaten Dezember bis Februar (dem brasilianischen Sommer) starben geschätzte 500 Millionen Bienen in vier südlichen Bundesstaaten. Und es gibt zwei Gründe: Abholzung und Agrargifte.

60% der Pflanzenkulturen Brasiliens, die der Tier- und Menschenernährung dienen, hängen von einer Bestäubung durch Bienen ab. Ohne Bienen geht es auch in Brasilien nicht. Agrargifte auf der Basis von Neonicotinoiden wie

Clotiamidin, Imidaclopril oder Tiametoxane, aber auch Fibromil werden für die Kulturen von Baumwolle, Mais, Soja, Reis, Kartoffeln, Äpfel, Sonnenblumen verwendet. Und sie werden häufig mit dem Flugzeug versprüht.

Ein Imker sagt: „Diese Gifte sind sehr stark. Wenn sie morgens mit dem Flieger ausgebracht werden, gibt es nachmittags die ersten toten Bienen. Und wenn eine Biene es noch bis in den Stock schafft, kann sie das ganze Volk tödlich anstecken.“

(Quelle: cartacampinas.com.br 7.03.2019)

Der Dambruch, keine Katastrophe, sondern ein Verbrechen

210 Tote wurden bislang geborgen, weitere 96 Menschen werden vermisst. Der Dambruch von Brumadinho ist die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens, wobei es strenggenommen keine Katastrophe, sondern vielmehr ein Verbrechen war.

Im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais ist am 25. Januar in der Nähe der Kleinstadt Brumadinho, rund 25 Kilometer südwestlich der Landeshauptstadt Belo Horizonte, ein Damm eines Rückhaltebeckens für die Erzschlammreste der Mine Córrego do Feijão gebrochen. Die Betreiber- und Eigentümerfirma von Mine und Rückhaltebecken, die brasilianische Bergbaufirma Vale, erklärte, in dem gebrochenen Becken hätten sich 11,7 Millionen Kubikmeter Erzschlammreste befunden. Nachdem der Damm des ersten Rückhaltebeckens gebrochen war, flutete der Erzschlamm den zweiten Damm des nächstgelegenen Rückhaltebeckens und überflutete dieses. Die Erzschlammwelle hatte unter anderem ein Betriebskantine mit sich gerissen, in der gerade viele Arbeiter*innen zu Mittag aßen, Busse, in denen Arbeiter saßen, die von oder zur Betriebschicht fuhren, wurden mitgerissen, ein ganzes Dorf wurde zerstört, eine Herberge, mehrere kleinere am Flussbett liegende Häuser wurden von den Schlammmassen mitgerissen.



Foto: [Jeso Carneiro](#) / [Flickr](#) (CC BY-NC 2.0)

Die Mine und das Rückhaltebecken gehören dem brasilianischen Bergbaukonzern Vale S.A. Die Mine Córrego do Feijão samt Rückhaltebecken wurde 1956 von der Companhia de Mineração Ferro e Carvão in Betrieb genommen, 1973 wurde sie in die Thyssen-Tochterfirma Ferteco Mineração integriert, bevor sie 2001 von Vale gekauft und 2003 vollkommen in den Konzern integriert wurde. Den nun gebrochenen Damm gebaut hat im Jahr 1976 die Thyssentochter Ferteco Mineração. 10 Mal wurde der Damm zwischen 1976 und 2006 erhöht. Der Damm war ein sogenannter „upstream“-Damm, die billigste Bautechne bei Erzschüttdämmen, bei der nach Volllaufen des Damms und Austrocknung des abgelagerten Materials eine neue Dammkrone einfach an den Rand obenauf gesetzt wird.

Der Bruch nun, infolge von mangelnder Entwässerung, so viel ist klar, geschah, weil die Drainage nicht funktionierte, sich Wasser im Innern ansammelte und dann der Kippunkt der Verflüssigung der Dammstruktur erreicht wurde und der Damm als ganzes brach.

Derweil streiten sich die potentiell Verantwortlichen öffentlich in einer Schlammenschlacht: Vale sieht die Verantwortung bei der deutschen Firma TÜV SÜD, die den Auftrag zur Kontrolle des Damms gehabt habe und im Juni und September 2018 den Damm zwei Mal inspiziert und dessen Sicherheit bestätigt hatte. TÜV SÜD seinerseits erklärte, „aufgrund der laufenden Ermittlungen können wir zurzeit keine weiteren Auskünfte geben“, und die Anwält*innen der zwischenzeitlich verhafteten Ingenieure von TÜV SÜD wiesen Vale die Schuld zu, deren Mitarbeiter*innen hätten enormen Druck auf die TÜV SÜD-Mitarbeiter*innen ausgeübt, trotz Zweifel an der Standfestigkeit des Damms das Sicherheitszertifikat auszustellen, sonst werde TÜV SÜD künftig keine Aufträge mehr von Vale erhalten. Wer da nun kriminell geschlampt oder vorsätzlich kriminell gehandelt hat, müssen die Gerichte entscheiden.

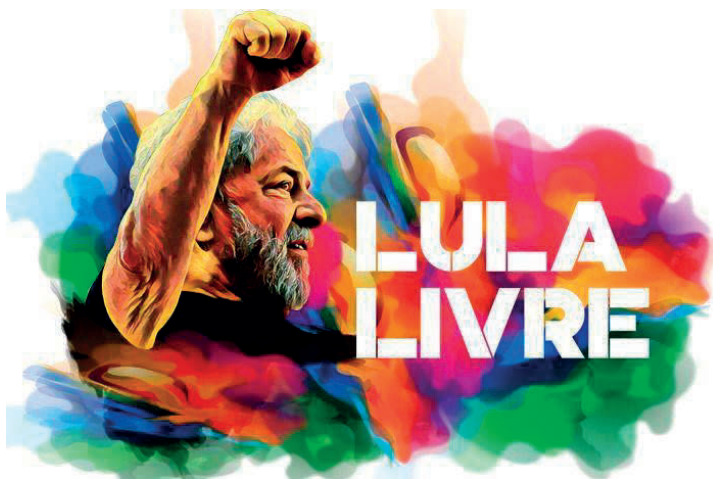
Jedenfalls wir hier in Deutschland werden auf den Hauptversammlungen von VW und Daimler im Mai in Berlin kritisch nachfragen, ob die Firmen in der Vergangenheit Rohstoffe bezogen haben, die auch aus der Mine bei Brumadinho stammen, und die Firmen an ihre menschenrechtliche Verantwortung der Lieferkette erinnern. Bei den Versicherungskonzernen Münchener Rück, Allianz und Hannover Rück werden wir nach den Policen von Vale fragen und warum trotz unserer Kritik nach dem Dambruch von Mariana vom November 2015 an der Versicherung von gefährlichen „upstream“-Dämmen im Bergwerksektor festgehalten werde und nicht endlich ein Umdenken stattfindet – für die Sicherheit der dammabwärts lebenden Bevölkerung. Und bei der Deutschen Bank werden wir auch im Mai nachfragen, wie die Deutsche Bank es mit ihren sozialen- und Umweltkriterien vereinbaren kann, einen Konzern von Vale in seinen Büchern zu halten und diesem obendrein noch Kredite zu vergeben. Denn die betroffenen Menschen wollen endlich Antworten und ein Ende dieses zerstörerischen Bergbaus, der dem Staat Devisen und einigen Wenigen Reichtum, den lokalen Anwohner*innen aber Leid und Elend bringt.

Christian Russau (Mitglied bei den Kritischen Aktionären)

Internationale Solidarität mit Marielle und Lula von Mitgliedern der Sozialen Bewegungen und von Gewerkschaftsgruppen bei uns in Deutschland



Die Mörder wollten Marielle zum Schweigen bringen. Heute ist sie zum Symbol für den Kampf um ein besseres, anderes Brasilien geworden.



Wir werden in den Straßen weitermachen. Für die Freiheit von LULA Für Gerechtigkeit und Demokratie

